

# Zeitschriftenschau

GUDRUN CHO

Unter den Beiträgen, die in den bis Anfang September hier eingetroffenen ausländischen Zeitschriften enthalten sind, überwiegt das Thema „China—USA“. Zu dem ebenfalls aktuellen Thema „Indien—UdSSR“ waren dagegen nur zwei Artikel aufzuspüren. Auffallend spärlich vertreten sind auch Betrachtungen zum Ausgang der indischen Wahlen.

Marcus F. Franda schreibt in der amerikanischen Zeitschrift **ASIA** (No. 20, Winter 1970/71, S. 1—8: „Thoughts on the Indian Election“): Wenn die Wahlen ungewöhnlich waren und das Ergebnis völlig unerwartet kam, so deshalb, weil die Voraussagen der indischen Journalisten und Politologen im Laufe der Wahlkampagne immer pessimistischer geworden waren, so daß auch Indira Gandhi ihre Erwartungen schließlich immer niedriger schraubte. „On the eve of the elections, Mrs. Gandhi's principal adviser was speaking of a victory of 270 seats or less, while her other advisers and friends were talking privately of a working majority of 240 seats or so.“ Daß der Congress (R) schließt 350 der 514 Parlamentssitze errang, ist nach Ansicht Frandas vor allem mit darauf zurückzuführen, daß es dem abgespaltenen Congress (O) weder gelang, ein nationales Programm auszuarbeiten, noch einen geeigneten Gegenkandidaten aufzustellen. Dazuhin müsse man davon ausgehen, daß Indira Gandhi mit einer Basis von 220 sicheren Sitzen in den Wahlkampf gegangen sei. Franda stellt zwei Wählergruppen heraus, unter denen Indira Gandhis Partei zusätzliche Stimmen gewonnen hat: unter den Städtern und unter den Frauen. Er zieht die lapidare Schlußfolgerung: „At any rate, it seems clear that Mrs. Gandhi won this election by such an enormous margin, not because of massive shifts in voting patterns throughout India, but because of a number of relatively small and perhaps even imperceptible factors.“

Zu den sich aus dem Wahlsieg ergebenden Folgen schreibt Dr. A. Appadorai in der indischen Zeitschrift **Eastern Economist** (Vol. 56, No. 15, 9. April 1971, S. 643—644: „The Mid-Term Poll and After“), der Wahlerfolg sei ein Auftrag zur Durchführung gesellschaftlicher und wirtschaftlicher Reformen gemäß dem Wahlmanifest des Congress (R), dessen vornehmliches Ziel die Steigerung der Produktion und eine gerechtere Vermögensverteilung sei. Vor allem aber könne Indien nun, da „the world knows that for some five years, the government at the centre will have a stable majority supported by the bulk of the people“, außenpolitisch eine bedeutendere Rolle spielen.

Daß der erste anscheinend so spektakuläre außenpolitische Schritt der indischen Regierung — der Abschluß des indisch-sowjetischen Vertrages — nicht unerwartet erfolgte, zeigt der Artikel „America and Russia in India“ von Chester Bowles in **Foreign Affairs** (Vol. 49, No. 4, Juli 1971, S. 636—651). Einen Wendepunkt für die

Außenpolitik Indiens sieht Chester Bowles in der 1954 von John Foster Dulles getroffenen Entscheidung, Pakistan Militärhilfe zu gewähren. Damals erkannte Nehru, daß Indien sich nicht allein auf die USA stützen konnte, und so wurde 1955 ein Entwicklungshilfeabkommen mit der Sowjetunion geschlossen. Die Sowjetunion ihrerseits wurde in dem Maße stärker an Indien interessiert, in dem die Spannung mit China zunahm. Im Gegensatz dazu haben die Vereinigten Staaten Indien nie eine politisch bedeutsame Rolle in Asien zuerkannt. Chester Bowles bemängelt, daß die Asienexperten in den USA sich auf China, Japan oder Südostasien spezialisierten und daß nicht einmal die mit Indienfragen betrauten Beamten es für nötig hielten, sich an Ort und Stelle zu informieren.

Nachdem jedoch nach Ausbruch des chinesisch-indischen Grenzkonfliktes im Oktober 1962 auf Nehrus Hilfsersuchen hin die USA Militärausrüstung im Werte von 70 Millionen Dollar nach Indien flogen, schien der Weg zu einer vertraglichen Regelung der amerikanischen Militärhilfe geebnet zu sein. Die Hoffnung auf eine solche Neugestaltung der amerikanisch-indischen Beziehungen bewog Chester Bowles, 1963 ein zweites Mal als Botschafter nach Indien zu gehen. „However, these hopes were soon dashed. Kennedy's assassination six days after my arrival in Washington and Nehru's death six months later, in May 1964, when our government and an Indian negotiating team were on the verge of an agreement, resulted first in delay and finally in a decision by the Johnson Administration to postpone further consideration until the 'situation had been clarified'. Three months later, the same Indian negotiating team visited Moscow and returned to New Delhi with all they had asked for, and more.“ Daß die bisherige Militärhilfe nicht nur fortgesetzt, sondern verstärkt wird, legt die Entwicklung auf internationaler Ebene nahe: „Right now both the Soviet Union and India are concerned about the political thaw between the United States and China and the implications of China's support of the right-wing government in West Pakistan.“ Eine Festigung des chinesischen Einflusses in Pakistan, die Vereinigung der Maoisten mit der CPI(M) in Westbengalen und damit der Druck zur Schaffung eines unabhängigen vereinigten Bengalens „which would not only present another tempting target to the Chinese but would threaten the unity of India itself“ seien Alpträume für die Sowjetunion und für Indien.

Durch das indisch-sowjetische Abkommen werde die Gefahr eines Krieges zwischen Indien und Pakistan verringert, meint Sunanda K. Datta Ray in **Le Monde Diplomatique** (September 1971, S. 3–4: „L'influence des Grands réduit sérieusement les risques de guerre à propos du Bengale“). Der Vertrag biete Indien das Gegengewicht, das es gegen die amerikanische Unterstützung Pakistans brauche. Die chinesische Unterstützung nähme weder Indien noch Pakistan sehr ernst, denn die Erfahrung des Jahres 1965 habe gelehrt, daß sich in Peking „die Propagandamaschinerie schneller in Bewegung setze als die Kriegsmaschinerie“. Seit dem Abschluß des Vertrages hat sich die Stimmung der indischen Politiker gegenüber Pakistan entspannt. „Der Nervenkrieg scheint nicht mehr nötig zu sein, jetzt wo Indien einen Freund gefunden hat.“

Wenn Indien auch bisher die ostbengalische Befreiungsarmee unterstützt habe und das weiter tun werde, sei es doch gegen den offenen Ausbruch eines Krieges. Denn eine Lösung der für Indien drückenden Flüchtlingsfrage würde die Unabhängigkeit Bangla-Deshs nicht bringen, wäre ein solches Land doch mohammedanisch, während die Flüchtlinge überwiegend Hindus sind. Pakistan hätte eher Grund für eine

offene Kriegsführung. Erstens wäre ihm daran gelegen, die Aufmerksamkeit der Weltöffentlichkeit von seinen grausamen „Befriedigungsaktionen“ in Ostpakistan abzulenken. Zweitens würde es bei der Gelegenheit versuchen, einen Korridor zur Verbindung seiner beiden Landeshälften zu erobern. In den in Frage kommenden Gebieten, wie Kaschmir und dem Punjab, beobachtet Indien mit Sorge die rege pakistanische Aktivität zur Mobilisierung der unzufriedenen Bevölkerung. Mit dem Abschluß des indisch-sowjetischen Vertrages ist die Frage des Krieges jedoch auf eine höhere Ebene gerückt worden. Ein Krieg würde eine Konfrontation zwischen der UdSSR und den USA bedeuten, was diese beiden Mächte mit allen Mitteln zu verhindern versuchen würden. Von sowjetischer Sicht aus stelle der Vertrag eine Antwort auf die amerikanisch-chinesische Annäherung dar.

Zu dieser Frage — der amerikanisch-chinesischen Annäherung — findet sich in derselben Ausgabe der Zeitschrift **Le Monde Diplomatique** ein Artikel aus chinesischer und ein Artikel aus französischer Sicht. Der Chinese Tsien Tche-hao schreibt, die Bedingungen der Chinesen seien seit langem bekannt. Bei den Verhandlungen werde es lediglich darauf ankommen, ob die Amerikaner gewillt seien, die chinesischen Forderungen zu erfüllen, die im wesentlichen aus den folgenden vier Punkten bestehen: 1. Abzug der amerikanischen Truppen aus ganz Indochina; 2. Abzug der amerikanischen Truppen von Taiwan; 3. Aufnahme der Volksrepublik China in die UNO (unter Ausschluß der Vertretung Chiang Kai-sheks); 4. Verzicht auf jegliche Unterstützung der japanischen Remilitarisierung (einschließlich der Befreiung Koreas). Wenn Außenminister Rogers erst neulich wieder erklärt habe, daß die USA in der UNO gegen den Ausschluß Taiwans stimmen werden, so habe er damit nur bezweckt, die antikommunistisch eingestellten Regierungen in Asien sowie die Opposition im amerikanischen Volk zu beruhigen.

In der Volksrepublik China scheint man die Erklärungen von Rogers allerdings ernster zu nehmen, als Tsien Tche-hao das tut. Unter der Überschrift „Unverfrorene Verfolgung des ‚zwei-China‘-Planes“ veröffentlicht die **Peking Rundschau** (Nr. 32, 10. August 1971, S. 24–25) eine Meldung der Hsinhua-Nachrichtenagentur vom 4. August, in der die Erklärung Rogers als „konterrevolutionäre Doppelzüngler-Taktik des USA-Imperialismus“ zurückgewiesen wird. Weiter heißt es in der Meldung: „Die japanischen Reaktionäre haben offen und hinter den Kulissen mit Rat und Hilfe zur Seite gestanden und sich tüchtig für die von Rogers aufgetischte ‚zwei-China‘-Intrige ins Zeug gelegt. . . . Bevor Rogers seine Erklärung abgab, machte die reaktionäre Regierung Sato schon lange für ‚zwei China‘ Reklame, wobei sie ein und dieselbe Melodie wie Rogers sang.“

Japans Interesse an Taiwan betont auch Tsien Tche-hao, der sogar glaubt, die Japaner hegten die Hoffnung, Taiwan und nach Möglichkeit auch Korea zurückzugewinnen. Die Amerikaner hätten, indem sie ihren Entschluß zu Verhandlungen mit Peking ohne vorherige Absprache mit den Japanern faßten, bereits bewiesen, daß sie im Begriff seien, sich von Japan zu distanzieren.

Ein — wie bereits der Titel: „La remilitarisation progressive du Japon ouvre la voie à l'expansionnisme et à l'impérialisme“ zeigt — äußerst japankritischer Beitrag von Wilfred Burchett ist in derselben Ausgabe von **Le Monde Diplomatique** enthalten, wie auch die Betrachtung des Franzosen François Joyaux zu den bevorstehenden amerikanisch-chinesischen Verhandlungen: „Tout autant que Washington Pékin semble avoir intérêt à négocier.“ Wie der Autor feststellt, lauteten die meisten

Kommentare zu Nixons bevorstehenden Besuch dahingehend, daß in erster Linie die Amerikaner Interesse an Verhandlungen hätten. Man habe darüber die Gründe vernachlässigt, die China zur Gesprächsbereitschaft bewögen. Dazu gehöre die Angst vor einer Annäherung zwischen Moskau und Washington. Die Reise Nixons könne nicht einfach als das Eingeständnis einer amerikanischen Niederlage in Vietnam bezeichnet werden, sondern man müsse berücksichtigen, daß China gleichermaßen an einer Regelung des Konfliktes, und zwar unter Ausschluß der UdSSR interessiert sei. Ebenso sei die Volksrepublik China an einer Verständigung über Taiwan interessiert. Denn ein eventueller Ausschluß Taiwans aus der UNO bedeute ja noch keine Lösung der Taiwan-Frage als solcher, und China müsse daran gelegen sein, die Frage mit den USA zu regeln, bevor sich die Japaner mit der Sowjetunion darüber verständigten. Auch dieser aus französischer Sicht geschriebene Artikel hebt die „japanische Gefahr“ hervor. Wie sehen die Japaner selbst die Situation?

Der Artikel „The Nixon Doctrine and Ping-Pong Diplomacy“ des Japaners Maruyama Shizuo in **Japan Quarterly** (Vol. XVIII, No. 3, Juli–Sept. 1971, S. 266–272) bringt eindeutige Verbitterung gegenüber den Amerikanern zum Ausdruck. Ziel der Asienpolitik der USA sei seit jeher „the prevention of the emergence of a single great power in Asia“ gewesen. Aus diesem Grund hätten die Amerikaner zunächst die Japaner im Zweiten Weltkrieg bekämpft, danach hätte sie China gegenüber ihre Eindämmungspolitik entwickelt und eine chinesisch-japanische Annäherung verhindert: „The Americans turned Japan's attention toward Southeast Asia at the end of the war in order to prevent close Sino-Japanese relations, and Japan consequently chose to settle her past troubles in Southeast Asia before liquidating her past antagonisms with China. . . . Thus, keeping China and Japan apart, America destroyed the chances for an emergence of a Sino-Japanese great power in Asia. . . . Behind American actions it is possible to detect a desire to make the Pacific an American sea and to include Asia firmly in an American sphere of influence. But Chinese nationalism and Chinese policies will not allow that to happen.“ So stark ist das Gefühl der Japaner, von den Amerikanern hintergangen worden zu sein, daß sie also ihre Hoffnung sogar auf den chinesischen Nationalismus setzen. Dahinter steht wohl der Wunsch, daß die Chinesen sich letzten Endes als Rassen-genossen der Japaner fühlen und ein Bündnis mit ihnen dem mit den USA vorziehen mögen. Andeutungsweise findet sich der Gedanke in den Schlußsätzen des Autors: „One cannot help but think that Japan feels somewhat surprised, even caught napping, by the sudden development of closer relations between China and America. Of course Japan should be sincerely looking forward to good relations between those two nations, if only because such an improved state of affairs would in all ikelihood encourage an early normalization of Sino-Japanese relations.“

Am ausgewogensten erscheint der Artikel von Edgar Snow in **LIFE** (Vol. 71, No. 5, 30. Juli 1971, S. 20–26: „Peking's View of the Nixon Mission“). Er schildert zunächst, weshalb Mao jetzt anders denkt als 1965, als er auf Edgar Snow's Frage, ob er eine Botschaft für Präsident Johnson hätte, mit einem einfachen „Nein“ antwortete: „The Chinese believe that the lesson of Vietnam, and no mere change of Presidents, is what made it possible for Mao in 1970 to speak differently about Nixon.“ Hinzu kam die Veränderung der Atmosphäre im Innern beider Länder (Antikriegskampagnen in den USA, Beendigung der Periode innerer Spannungen in China). Snow weist auf die Bedeutung der Vorverhandlungen hin: „The immediate issues

examined at the meeting between Chou and Kissinger — and the agenda ahead — are very concrete and could scarcely have been anything very new to either side.“ Als Verhandlungspunkte nennt Snow die Regelung der Vietnam-Frage, die Frage der Aufnahme Chinas in die UNO und der Aufnahme formeller diplomatischer Beziehungen zwischen China und den USA. „On all these matters, some rough negotiable script had to be brought back to Nixon to enable him to accept Premier Chou's invitation“, folgert Snow. Er geht ausführlich auf das Taiwan-Problem ein und meint, daß es darüber letzten Endes zu direkten Verhandlungen zwischen Peking und Taipeh kommen werde.

Was die Tatsache anbelangt, daß Nixon nach Peking reist, glaubt Snow, daß das chinesische Volk diese Geste als eine Geste der Höflichkeit schätzen wird. „There is some risk that the gesture could be misinterpreted to the Americans' disadvantage, but more likely it will be accepted with full grace and improve chances of mutual accommodation.“ Die eigentliche Gefahr liegt nach Snows Ansicht darin, daß sich die amerikanische Öffentlichkeit übertriebenen Hoffnungen hingeben könnte, wie der, daß aus den kommunistischen Chinesen „nice agrarian democrats“ würden.